

Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 275 (1996)

Artikel: Blick in die Welt

Autor: Bührer, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376961>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BLICK IN DIE WELT

DR. WALTER BÜHRER, TROGEN

«Dass die Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts zu Grausamkeiten fähig sind, die ebenso scheusslich oder noch scheusslicher sind als die des fünften oder des zehnten Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung, daran können wir Zeitgenossen der Konzentrationslager, der Gaskammern und der Atombomben keinen Zweifel hegen.» Diese Feststellung des französischen Historikers und Publizisten Raymond Aron aus dem Jahr 1962 («Paix et guerre entre les nations») ist durch die seitherige Geschichte des 20. Jahrhunderts in keiner Weise relativiert worden. Krieg gehört auch in der zweiten Jahrhunderthälfte zur traurigen Realität der Erde: Weit über hundert Konflikte wurden seit 1945 mit Waffengewalt ausgefochten; zwischen 20 und 30 Mio. Menschen sollen dabei umgekommen sein. Allen Friedensbekenntnissen zum Trotz war die Menschheit unfähig, aus den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges Lehren zu ziehen.

Die Ursachen waren und sind vielfältig: Rivalitäten der Grossmächte, die sich in zahlreichen Stellvertreterkriegen niederschlugen; Aggressionen durch diktatorische Regime; ungelöste Grenzkonflikte; nationalistische und ethnische Gegensätze; Kon-



Schätzungsweise eine halbe Million Menschen fanden bei den Massakern im schwarzafrikanischen Land Ruanda den Tod. (Bilder Keystone)

fliktpotentiale in der Dritten und Vierten Welt, die letztlich auf Armut, Bevölkerungsexplosion, Rohstoff-Mangel oder Naturkatastrophen zurückzuführen sind. Der Umbruch von 1989 und der Untergang des sowjetkommunistischen Machtsystems hat wenigstens eine Konfliktursache – die Teilung der Welt in zwei einander feindselig gegenüberstehende ideologische Blöcke – beseitigt: Der Zerfall der Nachkriegsordnung zerriss das globale Netz von Abhängigkeiten und Loyalitäten, das über Jahrzehnte hinweg entstanden war: Scheinbar unlösbare Konflikte – Südafrika, Angola, Moçambique, Äthiopien, El Salvador, Nicaragua, Jemen, Kambodscha – konnten beendet oder wenig-

stens entschärft werden. Selbst im Nahen Osten, zwischen Israel und seinen verfeindeten Nachbarn sowie den Palästinensern, eröffneten sich Friedenschancen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen waren.

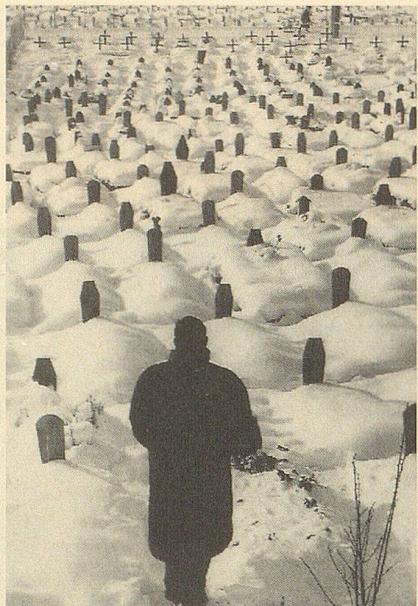
Massenmorde in Ruanda

Ins Bild dieser neuen, freiheitlicheren «Weltordnung», wie sie sich seit 1989 entwickelt hat, gehören freilich auch Kehrseiten wie ethnische Konflikte und Bürgerkriege, Massenvertreibungen und Völkermorde. Eine der schlimmsten Tragödien spielte sich im schwarzafrikanischen Land Ruanda ab, wo im April und Mai 1994 schätzungsweise eine halbe Million Men-

schen – grösstenteils Angehörige des Minderheitsvolkes der Tutsi – bei Massakern durch Hutu-Milizen umkamen; die meisten wurden mit Macheten gnadenlos hingemetzelt. Nicht genug: die anschliessende Eroberung des Landes durch die von Tutsi dominierte Patriotische Front Ruandas (FPR) löste eine neue Massenflucht aus: Zu Hunderttausenden flüchteten Angehörige des Hutu-Volkes aus Furcht vor Racheakten über die Grenze nach Zaire. In eiligst errichteten Lagern fanden auch zahlreiche Milizionäre Unterschlupf, die nur auf eine weitere Gelegenheit warteten, nach Ruanda zurückzukehren, um ihr blutiges Mordwerk fortzusetzen. Aus humanitären Gründen griffen vorübergehend französische Truppen im ruandischen Grenzgebiet ein; die Intervention verlief entgegen den Erwartungen ohne Zwischenfälle, zeigte jedoch, wie beschränkt die Möglichkeiten waren, einem mörderischen Bürgerkrieg von aussen ein Ende zu setzen.

Krieg ohne Ende in Bosnien

Die Erkenntnis, wonach Kriege in der Regel schnell vom Zaun gebrochen, aber nur schwer zu beenden sind, bestätigte sich insbesondere in Bosnien-Herzegowina: Geradezu exemplarisch führte dieser Konflikt vor Augen, wie jede der beteiligten Seiten – Serben, Kroaten und Muslime – jedes ernsthafte Bemühen um eine Verhandlungslösung hin-



Der schneebedeckte Friedhof in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo am 16. Januar 1995; im Vordergrund Grabsteine muslimischer Menschen.

tertrieben, um durch Erfolge der eigenen Truppen auf dem Schlachtfeld in eine günstigere Ausgangsposition zu gelangen. Diese kriegsverlängernde Logik haben die amerikanischen Politologen Gordon A. Craig und Alexander L. George («Zwischen Krieg und Frieden») folgendermassen umschrieben: «Die Seite, die eine militärische Niederlage erlitten hat, wird es vorziehen, ernsthafte Verhandlungen hinauszuschieben, bis sich das militärische Gleichgewicht hergestellt hat. Das Dumme daran ist freilich, dass sehr oft beide Gegner nach dieser Logik operieren.»

Die Muslime und die Kroaten hatten sich im März 1994 unter Druck und Vermittlung der USA auf eine Föderation verständigt;

in den darauf folgenden Kämpfen gerieten die Serben militärisch unter Druck und verloren namentlich in der Region Bihać Gelände an die Regierungstruppen. Nach wie vor hielten die Serben rund 70 Prozent des bosnischen Territoriums besetzt, obwohl ihr Bevölkerungsanteil vor dem Krieg lediglich 32 Prozent betragen hatte (Muslime: 40%, Kroaten: 18% sowie 10% Angehörige anderer Volksgruppen). Der am 5. Juli von der Kontaktgruppe in Genf vermittelte Friedensplan gestand den bosnischen Serben 49 Prozent des Territoriums zu. Die Regierung Rest-Jugoslawiens stimmte dem Plan ebenso zu wie die bosnische Regierung und die Kroaten; die bosnischen Serben hingegen blieben bei ihrem Nein, worauf Belgrad am 4. August «alle (ausser die humanitären) Beziehungen» zu ihnen abbrach und die Grenzen abriegelte. Rest-Jugoslawien erreichte damit, dass die UNO-Sanktionen gelockert wurden. Die bosnischen Serben hingegen entfesselten im Spätherbst eine neue Offensive und brachten insbesondere die von Muslimen bewohnte UNO-Schutzzone Bihać in Bedrängnis. Überraschend kam durch Vermittlung des amerikanischen Ex-Präsidenten Jimmy Carter zum Neujahr ein viermonatiger Waffenstillstand zustande – den freilich alle Kriegsparteien benützten, um sich für neue Waffengänge zu rüsten. Anfang Mai holte Kroatien zu einem Schlag gegen die Krajina-Serben aus,

die sich der Regierung in Zagreb seit der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens 1991 offen widersetzen; die kroatischen Truppen eroberten ganz Westslawonien zurück, was einen neuen Flüchtlingsstrom (diesmal von Serben) auslöste. Angesichts des Hasses und der Verbitterung, den das Kriegsgeschehen im ehemaligen Jugoslawien auf allen Seiten zurückgelassen hat, ist schwerer denn je vorstellbar, wie eine allseits akzeptierte Friedensordnung zustande kommen soll.

Krieg in Tschetschenien

Blut floss auch im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Der Zerfall der UdSSR hat eine Vielzahl von Konfliktherden zurückgelassen, die den Nachfolgestaaten schwer zu schaffen machen. Einer unter ihnen eskalierte in der Berichtsperiode zum Krieg: Tschetschenien, ein Gebiet im nördlichen Kaukasusvorland, halb so gross wie die Schweiz, war früher eine Autonome So-

zialistische Sowjetrepublik und wurde nach dem Zerfall der UdSSR Teil der Russischen Föderation; knapp 800 000 der 1,2 Millionen Einwohner (1982) sind Tschetschenen, die übrigen Russen und Inguschen. Als die Unabhängigkeitsbestrebungen unter dem tschetschenischen Führer Dudajew eskalierten, intervenierte Moskau mit Kampftruppen. Der Einmarsch begann am 11. Dezember, stiess jedoch auf erbitterten Widerstand der Tschetschenen. Beim Grossangriff auf die Hauptstadt Grosny über Neujahr erlitten die Russen schwere Verluste; erst am 9. Februar hatten die Angreifer Grosny vollständig in ihrer Hand. Die Tschetschenen gaben jedoch nicht auf, sondern verlegten sich auf einen Partisanenkrieg. Die russische Regierung unter Präsident Jelzin befand sich in einem Dilemma: Innenpolitisch unter wachsendem Druck nationalistischer Strömungen, sah sie sich ausserstande, den Krieg rasch zu beenden. Auch aussenpolitisch

kam dieser zusehends teurer zu stehen; nur widerstrebend folgten westliche Staats- und Regierungschefs (Mitterrand, Kohl, Clinton) der Einladung zu den Siegesfeiern zum 50. Jahrestag des Weltkriegsendes.

Neue europäische Architektur

Am 31. August 1994 hatte Russland vertragsgemäss seine letzten Truppen aus Ostdeutschland abgezogen. Mit dem Ende der Besetzung Deutschlands war ein weiteres Element der fast 50 Jahre bestehenden Nachkriegsordnung beseitigt. Als entscheidende Ordnungsfaktoren in Europa blieben damit die Europäische Union und die Nato, die sich immer stärker auf ihre neue Rolle als Kern einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur auszurichten begann. Die Nato-Aussenminister bekräftigten Anfang Dezember ihre Absicht, ehemalige Ostblockstaaten wie Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei als Mitglieder auf-

Fair und zuverlässig.

Fritz Marti AG
Dufourstrasse 73
CH-9001 St.Gallen
Tel. 071-22 30 35

Zanovit AG
5264 Gipf-Oberfrick
Tel. 064-61 13 92

fmfutter zanovit
Schweinefutter
Milchviehfutter
Rindermastfutter
Kälbermilch
Geflügelfutter
Pferdefutter
Kaninchenfutter

zunehmen; aus Rücksicht auf russische Empfindlichkeiten verzichteten sie jedoch auf eine von den USA gewünschte Zeitvorgabe. Trotzdem überschattete die geplante Osterweiterung der Nato den Auftakt des KSZE-Gipfels in Budapest am 5. Dezember: Präsident Boris Jelzin ging so weit, vor einem «kalten Frieden» zu warnen.

Die EU konzentrierte sich, nachdem der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) am 1. Januar 1994 in Kraft getreten war, auf die Erweiterungsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen, die im März 1994 erfolgreich abgeschlossen wurden. Ausser in Norwegen verließen die Volksabstimmungen überall positiv: In Österreich sagten 66,3 Prozent der Stimmbenden ja zum EU-Beitritt, in Finnland 57 Prozent und in Schweden 52,2 Prozent. Seit dem 1. Januar 1995 gehören damit praktisch sämtliche Länder in Westeuropa der Europäischen Union an; einzige die Schweiz blieb sowohl ausserhalb der EU als auch des EWR. Die EU-Staats- und Regierungschefs verabschiedeten in Essen ferner eine Strategie für die Vorbereitung Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens auf den EU-Beitritt und stellten den drei baltischen Staaten und Slowenien Assoziierungsabkommen in Aussicht.

Nach acht Jahren ging in Frankreich die Ära Mitterrand zu Ende (im Mai 1995); als Nachfolger gewählt wurde der



«Friedenszigaretten»: König Hussein von Jordanien (links) und Israels Premierminister Yitzhak Rabin nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 26. Oktober 1994.

Gaullist Jacques Chirac, der sich im zweiten Wahlgang gegen den Sozialisten Lionel Jospin durchsetzte. In Deutschland verteidigte die CDU/CSU-FDP-Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl eine knappe Mehrheit; die SPD beherrscht jedoch die Länderkammer, den Bundesrat, und kann somit wichtige Gesetze blockieren. In Italien sah sich Silvio Berlusconi am 22. Dezember nach nur knapp 8 Monaten zum Rücktritt gezwungen, nachdem seine aus den Wahlen vom 28. März hervorgegangene Regierungskoalition aus Forza Italia, Lega Nord und Nationaler Allianz auseinandergebrochen war; neuer Regierungschef wurde Lamberto Dini, ehemaliger Direktor der Nationalbank und Schatzmeister der zurückgetretenen Regierung Berlusconi. In

Nordirland eröffneten Gewaltverzichtserklärungen der IRA wie auch der protestantischen Untergrundorganisation Aussichten auf ernsthafte Friedensverhandlungen.

Gefährdeter Friedensprozess

Gefährdet blieb der Friedensprozess im Nahen Osten. Am 1. Juli 1994 zog PLO-Chef Yassir Arafat unter grossem Jubel in Gaza ein. Von Anfang an sah er sich jedoch einer starken Opposition der beiden islamistischen Organisationen Hamas und Jihad gegenüber, die das Autonomieabkommen kompromisslos ablehnten. Diese Kreise standen hinter verschiedenen schweren Anschlägen, die darauf abzielten, den Friedensprozess zu sabotieren. Belastend für das israelisch-palä-

stinensische Verhältnis wirkte sich auch das Beharren der Israelis auf weiteren Siedlungsbauten im besetzten Westjordanland und Landenteignungen im Ostteil Jerusalems aus. Trotzdem gab es auch Lichtblicke: zwischen Israel und der PLO wurde ein Abkommen abgeschlossen, das die Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland auf die Bereiche Erziehung, Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, Jugend, Sport, Tourismus und Steuern ausdehnt, und am 26. Oktober 1994 schlossen Jordanien und Israel offiziell Frieden. – Kein Frieden herrschte dagegen in der östlichen Türkei: Am 20. März 1995 marschierten rund 35'000 türkische Soldaten in den von Kurden verwalteten Nord-

irak ein; Ankara begründete den Vorstoß damit, dass sich Kämpfer der kurdischen Arbeiterpartei PKK in diesem Gebiet eingenistet hätten. – Algerien blieb Schauplatz eines blutigen Bürgerkriegs zwischen islamischen Fundamentalisten und Sicherheitskräften des Regimes.

Zur traurigen Realität unserer Welt gehört das Phänomen des Terrorismus. In der Berichtsperiode wurden bei terroristischen Aktionen kaum für denkbar gehaltene neue Dimensionen erreicht: Algerische Terroristen, die in den Weihnachtstagen ein Passagierflugzeug der Air France in ihre Gewalt brachten, planten offenbar laut Erkenntnissen der französischen Polizei, die Maschine über Paris zum Absturz

zu bringen; sie konnten zum Glück in Marseilles überwältigt werden. Im Netz der Tokioter U-Bahn wurde am 20. März 1995 ein Anschlag mit dem Nervengas Sarin verübt, der zwölf Tote und rund 5000 Verletzte forderte; die Ermittlungen der Polizei führten zu der fanatischen Sekte Aum-Sinrikyo («Höchste Wahrheit»). Auch beim Bombenanschlag, dem in der amerikanischen Stadt Oklahoma City am 19. April rund 170 Menschen zum Opfer fielen, deuteten die Untersuchungen auf einen Sekten-Hintergrund hin: Laut Aussagen des Haupt verdächtigen handelte es sich um einen Racheakt für das Vorgehen der Polizei gegen das Hauptquartier der Davidianersekte, bei dem auf den Tag genau

Erfolg ist lernbar

- Sprachschule im Free-System®
Einzel-, Gruppen- und Firmenkurse
- Computerkurse
- Kaderkurse

- Handelsschule
- Arzt-/Spitalsekretärin
- Arztgehilfinnenschule

SPRACHEN HANDEL ARZTGEHILFINNEN

Bénédict

NEUMARKT 1,
9000 ST.GALLEN

TEL. 071-22 55 44

zwei Jahre zuvor 80 Sektenmitglieder ums Leben gekommen waren.

US-Intervention in Haiti

Amerika wandte sich in der Berichtsperiode verstärkt inneren Problemen zu. Die Administration Clinton beschränkte Engagements ausschliesslich auf Fälle, wo direkte Interessen tangiert wurden, wo ein klares Ziel formuliert werden konnte, und wo Gewähr bestand, dass sich eine Intervention zeitlich begrenzen liess. Eine solche Situation ergab sich in Haiti, wo eine durch Putsch an die Macht gelangte Militärjunta ein Terrorregime ausübt. Im September landeten 15 000 US-Soldaten auf der Karibik-Insel; dank der Intervention konnte die Junta zum Rücktritt veranlasst und der rechtmässige Präsident Jean-Bertrand Aristide wieder in sein Amt eingesetzt werden. Clinton gelang es auch, eine potentiell gefährliche Flüchtlingskrise um Kuba zu entschärfen. Zu Hause zahlte sich diese Politik trotzdem nicht aus: Am 8. November bezogen die Demokraten eine schwere Wahlniederlage; sie büsst in beiden Kammern des Parlaments ihre Mehrheiten ein, was den Republikanern unter ihrem Fraktionschef Newt Gingrich Gelegenheit gab, in der Gesetzgebung eine eigentliche Gegenrevolution zu entfesseln.

Zu einer akuten Zuspitzung der Lage auf der koreanischen

Halbinsel und zu einer gravierenden Herausforderung der USA führte das Atomprogramm Nordkoreas. Das Regime in Pjöngjang weigerte sich, eine Inspektion seiner Nuklearanlagen zuzulassen; die Ankündigung von Handelssanktionen beantwortete Nordkorea mit Kriegsdrohungen gegen Südkorea. Erst nach langwierigen Verhandlungen erklärte sich Nordkorea – dessen Staatsschef Kim Il-Sung am 8. Juli gestorben war – gegen materielle Unterstützung bereit, die laufenden Atomwaffenprogramme einzufrieren.

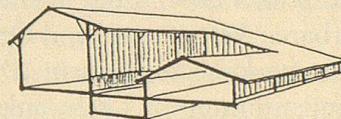
Ein vorläufiger Durchbruch im Bemühen um die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen wurde schliesslich im Rahmen der UNO erzielt: Am 11. Mai

Rheumaschmerzen?
Arthritis? Hexenschuss?
Dann gleich
Dr. med. Knobels
Knobelöl
mit der Heilkraft
natürlicher Kräuter-
extrakte einreiben.
Das fördert die Durch-
blutung und aktiviert
den Heilungs-
prozess.
In Apo-
theken und
Drogerien



Bauen in der Landwirtschaft

**Wir sind
der Fachmann
für Ihre
Bauprobleme**



Wir bieten Ihnen an:

- Lösungsvorschläge dank langjähriger Erfahrung in Planung und Ausführung
- Projektierung und Bauleitung von Neubauten
- Um- und Anbauten:
 - Ökonomiebauten
 - Mehrzweckhallen
 - Wohnhäuser
- Kostengünstige (freitragende) Normbausysteme für Stallungen aller Arten, Lager- und Einstellhallen
- Beratung und Mithilfe durch unsere Fachleute in der Anwendung von Normbauteilen und bei der Ausführung von Neu- und Umbauten

Rufen Sie uns an,
wir beraten Sie gerne

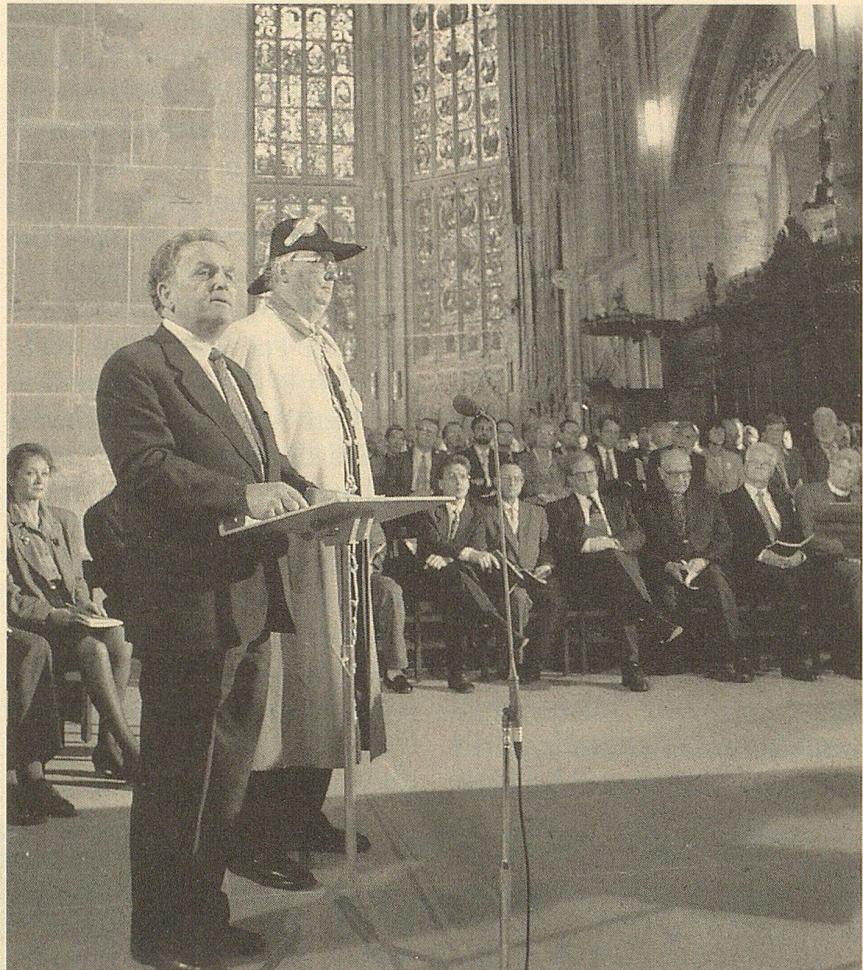
Lehmann
Arnegg

Bächigenstr. 12
9212 Arnegg
071/85 71 12

1995 beschlossen die 178 Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages, dieses vor 25 Jahren vereinbarte Abkommen auf unbestimmte Zeit zu verlängern. In einer von Macht-Interessen, nationalistischen Rivalitäten und sozialen Gegensätzen zerrissenen Welt war dies immerhin ein kleiner Lichtblick.

Innenpolitischer Rückblick

Die Schweiz erlebte im Vergleich mit den Vorjahren wieder bessere Zeiten. Die Gesamtwirtschaft erholte sich von den Rezessionsfolgen; die Arbeitslosigkeit ging leicht zurück. Es waren weniger die konkreten politischen und wirtschaftlichen Probleme, die den Schweizerinnen und Schweizern zu schaffen machten. Vielmehr schien unser Land in einer spürbaren Vertrauens- und Orientierungskrise zu stecken: Die Grundstimmung schwankte zwischen Zuversicht und Resignation, zwischen Reformwillen und Beharrung, Öffnung und Abschliessung. «Wir sind Bewährtes so gewohnt, dass wir die Bewährung scheuen und die frische Unsicherheit, die dazu gehört», hatte der Schriftsteller Adolf Muschg bereits 1989 diagnostiziert: «Das begnadete Land, das wenig verloren hat, lebt eben darum, gegen Verluste nicht geimpft, in der Angst, viel, zu viel preisgeben zu müssen.» Das ungeklärte Verhältnis zu Europa hat diese Gefühle der Ver-



Bundesrat Otto Stich anlässlich des Gedenkanlasses zum 50. Jahrestag des Weltkriegsendes im Berner Münster am 7. Mai 1995.

unsicherung verstärkt; während die einen den Willen zu absoluter Eigenständigkeit hochhalten und im Innersten wohl spüren, dass sie sich Illusionen hingeben, plagt andere ein wachsendes Gefühl des Ausgeschlossenseins, ohne dass sie einen Weg sehen, der aus der Sackgasse herausführen würde.

Zum sichtbaren Ausdruck kam dieses «helvetische Malaise» im Zusammenhang mit den offiziellen Gedenkanlässen zum 50. Jahrestag des Weltkriegsendes.

Die Schweiz, die den Krieg weitgehend unbeschadet überstanden hatte, tat sich schwer, dieses Ereignis in Dankbarkeit zu würdigen. Das Bewusstsein, dass der «Sonderfall Schweiz» damals mit vielfältigen Anpassungen im wirtschaftlichen und humanitären Bereich erkauft worden war, belastete die Erinnerung; Tausende jüdischer Menschen waren in den sicheren Tod geschickt worden, weil ihnen die Eidgenossenschaft eine Zuflucht verwehrt hatte. Immerhin: an

den Gedenkfeiern im Bundeshaus und im Berner Münster am 7. Mai 1995 fanden Bundespräsident Kaspar Villiger und Bundesrat Otto Stich die richtigen Worte, um einerseits die Opferbereitschaft und den Durchhaltewillen der damaligen Generation zu würdigen, das lebensbedrohende Spannungsfeld zu schildern, in welchem sich die Schweiz zu behaupten hatte, und andererseits die «letztlich unentschuldbare» Schuld gegenüber dem jüdischen Volk anzuerkennen.

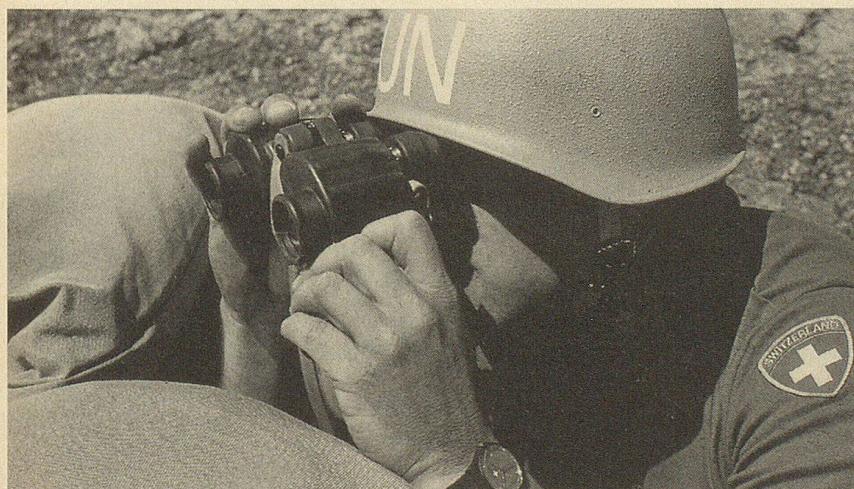
Vertrauensverlust

Verschiedene Abstimmungssentscheide auf eidgenössischer Ebene zeugten von einem spürbaren Vertrauensverlust in die Behörden. Am 12. Juni 1994 – am selben Sonntag, als Österreich dem EU-Beitritt mit grosser Mehrheit zustimmte – verwarf das Schweizer Volk mit 57,8% Nein die Vor-

lage zur Aufstellung von UNO-Blauhelmtruppen; gegen das Gesetz, das einen aktiven Beitrag der Schweiz zur internationalen Friedenssicherung vorsah, hatten rechtsbürgerliche Kreise das Referendum ergriffen. Gleichzeitig scheiterten zwei weitere Vorlagen am Ständemehr: ein Verfassungsartikel zugunsten der erleichterten Einbürgerung junger Ausländer und einer zur Kulturförderung. Die Nein-Welle betraf Vorlagen, die Bundesrat und Parlament als Selbstverständlichkeit mit Blick auf eine offene, zukunftsorientierte Schweiz erachtet hatten. Auch die knappe Zustimmung zur Rassismus-Strafnorm am 25. September war kaum als Vertrauenskundgebung zu werten; lediglich 54,7% der Urnengänger sagten ja, obschon das Referendum von der äussersten Rechten stammte; wäre das Ständemehr erforderlich gewesen, wäre auch diese Vorlage gescheitert. Eben-

falls sehr knapp, mit 51,8% der Stimmen, schaffte das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) die Abstimmungshürde; es bringt ein Versicherungsobligatorium, verpflichtet die Kassen zur Prämiengleichheit in den Regionen und sieht für rund einen Dritteln der Bevölkerung Prämienverbilligungen vor. – In die blockierte Drogenpolitik kam endlich Bewegung. FDP, SP und CVP einigten sich auf einen «dritten Weg» zwischen Repression und Liberalisierung. Auf ihr Drängen weitete der Bundesrat die Versuche mit der staatlichen Drogenabgabe von 250 auf 1000 Schwerstüchtige aus. Nach langer und gründlicher Vorbereitungszeit schlossen die Behörden von Stadt und Kanton Zürich das Areal des früheren Bahnhofs Letten, das zu einem Anziehungspunkt für Drogensüchtige aus der ganzen Schweiz geworden war.

Nein sagten die Stimmberchtigten am 12. März zu drei Landwirtschaftsvorlagen: ein Verfassungsartikel scheiterte mit 50,8% der Stimmen; er hätte zwar keines der anstehenden Probleme gelöst, jedoch einer marktorientierteren und ökologischer ausgerichteten Agrarpolitik das verfassungsmässige Fundament vermittelt. Zum Verhängnis wurde dem Artikel, dass gleichzeitig zwei Gesetze zur Abstimmung gelangten, die beide als typische Beispiele einer überholten, überreglementierten Landwirtschaftspolitik wahrgekommen wurden. Die Nachana-



Die Schaffung eines bewaffneten Blauhelmkontingents (Bild: Schweizer Militärbeobachter) wurde am 12. Juni 1994 vom Schweizer Volk deutlich verworfen.

lyse zeigte, dass die Verwerfung der drei Vorlagen aus gegensätzlichen und teilweise diffusen Motiven erfolgte; dem Wunsch nach liberalisierteren Strukturen stand die Forderung gegenüber, die Agrarpolitik konsequent auf eine ökologischere Produktion auszurichten.

Der Zwang zu einer raschen Änderung der Landwirtschaftspolitik kommt auch von aussen. Als extrem exportabhängiges Land hat die Schweiz ein fundamentales Interesse an einer Liberalisierung des Welthandels, wie sie das neue Gatt/WTO-Abkommen vorsieht. Obschon in bäuerlichen Kreisen einige Skepsis vorhanden war, gelang es einem Referendumskomitee aus dem fundamentalistisch-grünen Lager nicht, die nötigen 50 000 Unterschriften zusammenzutragen.

«Insel» in Europa

Faktisch wurde die Schweiz 1995 zur «Insel» im Zentrum Europas: als letztes grösseres Nachbarland trat Österreich am 1. Januar 1995 der EU bei; die Liechtensteiner bestätigten am 9. April in einer

zweiten Volksabstimmung ihr Ja zum EWR-Beitritt (der am 1. Mai Realität wurde), und am 26. März trat das Schengener Abkommen in Kraft, das eine Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen einer Reihe von EU-Staaten, dagegen verschärzte Kontrollen an den Aussengrenzen vorsieht; vergeblich hatte sich die Schweiz um eine Mitwirkung bemüht. – Was das Verhältnis zur EU betrifft, konnten am 12. Dezember, zwei Jahre nach dem EWR-Nein, die sogenannten «bilateralen» Verhandlungen offiziell eröffnet werden. In sieben Bereichen – Personenverkehr, Zutritt zum Agrarmarkt, Bildung und Forschung, öffentliche Aufträge, technische Handelshemmisse sowie Strassen- und Luftverkehr – wird parallel verhandelt; von Anfang an machte die EU jedoch klar, dass sie nur ein ausgewogenes Gesamtpaket akzeptieren würde und dass der Schweiz gegenüber den EWR-Regelungen keine Vorzugsbedingungen eingeräumt würden. – Neue Bewegung in der Europa-Frage versprach die von mehreren Jugend-

organisationen angekündigte Volksinitiative «Ja zu Europa», in welcher die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union gefordert wird.

Defizite und Reformbedarf

Vorerst hatte sich die Schweiz jedoch für einen eigenständigen Weg ausgesprochen; den Beweis, dass sie ihn auch erfolgreich zu gehen imstande sein wird, muss sie erst noch erbringen. Die Bemühungen um eine liberalere binnengewirtschaftliche Ordnung (Kartellgesetz, Binnenmarktgesetz) stiessen auf hartnäckigen Widerstand aus Gewerbekreisen, die sich für ihre geschützten, aber volkswirtschaftlich enorm kostspieligen Nischen wehrten. Wenig erfolgverheissend waren bisher auch die Bemühungen zur Sanierung der Bundesfinanzen: Das überbordende Ausgabenangebot des Bundes hat die Schuldenlast auf über 90 Milliarden anwachsen lassen, und 1995 musste erneut ein Defizit von über 6 Milliarden Franken budgetiert werden.

Verlangen Sie unser ausführliches Programm 94/95!

- Tennis und Squash
- Fitness- und Sportkurse
- Sauna/Solarium
- Öffentliches Restaurant

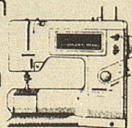
9015 St.Gallen, Gründenstr. 34, 071-31 35 15

Sportanlage
Gründenmoos
klubschule migros

BERNINA-nähcenter
Niedermann Herisau
Bahnhofstr. 9 071/51 18 14

Ihr
Fachgeschäft
für ● Wolle
● Mercerie
● Handarbeiten

Reparaturen, Eintausch
und Occasionen
aller Marken

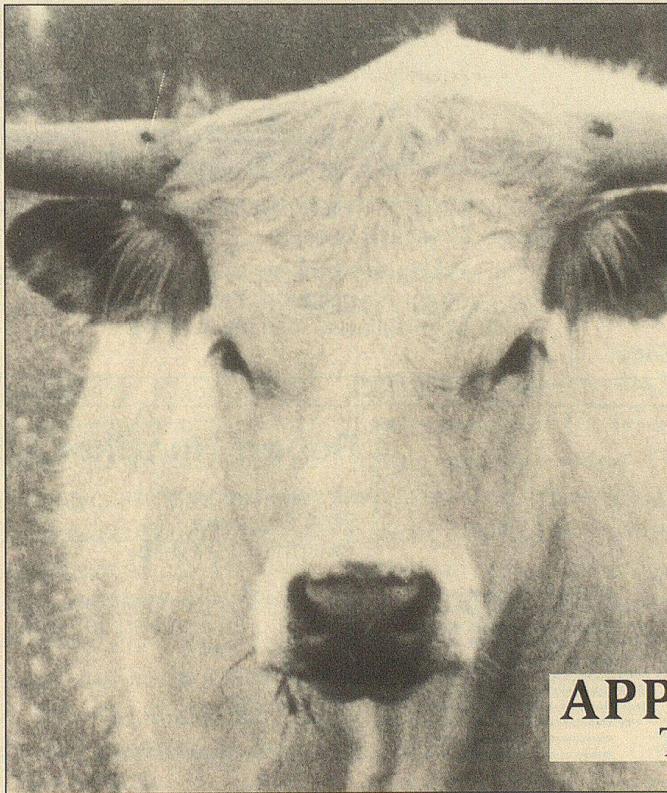


Die leeren Kassen wirkten sich auch auf die Verkehrspolitik aus: Das im September 1992 vom Volk genehmigte Konzept der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat), das den Bau zweier neuer Basistunnels am Gotthard und am Lötschberg vorsieht, geriet wegen seiner finanziellen Auswirkungen unter politischen Druck: Nachdem Finanzminister Otto Stich gegen die vorgesehene Finanzierung via Darlehen öffentlich Stellung bezogen und nachdem die Finanzdelegationen beider Räte vor einer unkontrollierbaren Verschuldung gewarnt hatten, zog der Bundesrat die Notbremse. Zwar hielt die Landesregierung am ursprünglichen Konzept mit zwei neuen Basistun-

nels fest; zur Finanzierung soll jedoch zusätzlich auch eine Abgabe auf dem Benzin beigezogen werden. Damit aber steht das Schicksal des Neat-Projekts insgesamt auf dem Spiel, muss doch damit gerechnet werden, dass gegen eine Benzinpreiserhöhung von Seiten der Automobilverbände das Referendum ergriffen wird.

Auch mit Reformen im Bereich der institutionellen Infrastruktur tut sich die Schweiz zurzeit schwer. Dass solche nötig wären, wird weiterum bejaht: «Wir müssen mit unseren Einrichtungen ins Gericht gehen, um immer neu zu erproben und zu erleben, was an ihrem Eigensinn entbehrlich und was daran unentbehrlich ist», fordert Adolf

Muschg – sehr zu Recht! Eine Möglichkeit dazu böte das Projekt einer Totalrevision der Bundesverfassung, wie sie der Bundesrat ins Auge fasst. Doch die Zweifel sitzen tief, ob der dafür notwendige Reformwillen tatsächlich mobilisiert werden kann. Anspruchsmentalität, übersteigerter Individualismus und ein spürbarer Verlust an Gemeinsinn sind jedenfalls schwer zu überwindende Hindernisse in einer Gesellschaft, die durch Jahrzehnte des Wohlstandes träge geworden ist. Zu bedenken gilt es freilich, was einst Denis de Rougemont festgehalten hat: «Der Niedergang beginnt, wenn wir uns nicht mehr fragen, was wir tun können, sondern was uns wohl zustossen wird.»



Heilige Kuh?
Im Tagblatt steht's.

**APPENZELLER
TAGBLATT**

4 Wochen gratis zur Probe. Anruf genügt: 071 29 75 75